

## A7 7. Kapitel: Finanzen

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 02.07.2018

### 1 Kapitel Finanzen

2 Wir GRÜNE wissen, dass eine nachhaltige Finanzpolitik die Grundlage für den  
3 politischen Handlungsspielraum von Gemeinderat und Verwaltung ist. Allerdings  
4 wird in Mannheim nach wie vor das Mantra des Verbots der Nettoneuverschuldung  
5 gepredigt. Dies bedeutet aber, dass faktisch viele wichtige Investitionen sowie  
6 Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden und die  
7 Mannheimer Infrastruktur leidet. Wir GRÜNE wollen den Sanierungsstau auflösen  
8 und als erstes die versteckte Verschuldung, auch implizite Verschuldung genannt,  
9 abbauen.

### 10 Handlungsspielraum bei Sanierungen und Instandhaltungen

11 Es gibt bei Straßen, Brücken, Schulen und anderen Gebäuden einen großen  
12 Rückstand bezüglich Sanierung und Instandsetzung. Hier wollen wir ansetzen und  
13 die Mannheimer Infrastruktur sanieren und modernisieren. Teilweise verliert  
14 unsere Infrastruktur massiv an Wert, wenn nicht umgehend investiert wird. Gerade  
15 in Zeiten niedriger Zinsen sind nicht getätigte Instandhaltung und Sanierung ein  
16 großes Verlustgeschäft und machen die Stadt ärmer. Wir GRÜNE wollen daher das  
17 pauschale Verbot der Nettokreditaufnahme streichen und so für die Stadt  
18 Handlungsspielraum zurückgewinnen.

### 19 Transparente Haushaltspolitik

20 Wir GRÜNE wollen mehr Transparenz in den städtischen Haushalt bringen und die  
21 politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung stärken. Die Stadt  
22 Mannheim hatte bereits mit einem Beteiligungshaushalt im Jahr 2015 begonnen, der  
23 auf große Resonanz gestoßen ist. Dieser Prozess wurde im Jahr 2017 leider nicht  
24 fortgeführt. Wir wollen den Bürger\*innen die Möglichkeit geben sich auch bei den  
25 wichtigsten Entscheidungen auf kommunaler Ebene einzubringen. Die städtischen  
26 Beteiligungen stellen ihre Bilanzen bisher nur nach den gesetzlich  
27 vorgeschriebenen kaufmännischen Regeln auf. Das bedeutet, dass diese Bilanz nur  
28 die ökonomischen Ergebnisse des Unternehmens darstellen und soziale und  
29 ökologische Auswirkungen ausgeblendet werden. Als Stadt, die sich der  
30 Nachhaltigkeit verpflichtet sieht, kann die kaufmännische Bilanzierung allein  
31 nicht ausreichen. Wir GRÜNE konnten den Einstieg in die Gemeinwohlbilanzierung  
32 für zwei Beteiligungen durchsetzen. Dies muss nun zügig umgesetzt werden. Wir  
33 wollen dann die Ergebnisse auswerten und auf der Grundlage der Auswertung dann  
34 Stück für Stück die weiteren städtischen Beteiligungen, beginnend mit der GBG  
35 und dem Uniklinikum, in die Gemeinwohlbilanzierung einbeziehen.

### 36 Divestment - die Stadt muss vorangehen

37 Auch bei städtischen Geldanlagen müssen mehr Faktoren als nur die Rendite  
38 berücksichtigt werden. Wir wollen prüfen, wo städtische Gelder in umwelt- und  
39 klimaschädlichen Bereichen angelegt sind und dann Stück für Stück aussteigen.  
40 Wir GRÜNE setzen uns für Divestment bei klimaschädlichen Aktivitäten ein. Die  
41 indirekte städtische Beteiligung am Kohlekraftwerk des GKM steht dabei ganz oben  
42 auf der Liste des Divestments.

43 Neuordnung der städtischen Beteiligungen

44 Insgesamt wollen wir die städtischen Beteiligungen neu strukturieren. Die Stadt  
45 Mannheim hat eine enorme Anzahl von Beteiligungen, vom Verkehrsunternehmen über  
46 das Universitätsklinikum bis hin zur Wohnungsbaugesellschaft. Über Jahrzehnte  
47 haben sich Strukturen gebildet, die nun teilweise nicht mehr angemessen sind.  
48 Die bisherige städtische Beteiligungsgesellschaft (SMB) hat ihre steuersparende  
49 Funktion verloren und kann als Holding aufgelöst werden. Wir GRÜNE wollen die  
50 Beteiligungen der Stadt neu ordnen und auch das Controlling dieser Beteiligungen  
51 neu strukturieren. Die Beteiligungen der Stadt sollen zukünftig stärker die  
52 städtischen Ziele verfolgen. Die seit Jahren ausstehenden strategischen  
53 Entwicklungspläne für die Tochterunternehmen der Stadt müssen endlich angegangen  
54 werden.

55 Daseinsvorsorge ist Aufgabe der Stadt

56 Nicht zur Debatte steht für uns der Bereich der Daseinsvorsorge. Die  
57 Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Kommunen. Dazu gehören  
58 selbstverständlich die wichtigen Bereiche der Krankenversorgung und die  
59 Sicherstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. In Mannheim werden diese  
60 bedeutenden Aufgaben durch das Universitätsklinikum (UMM) und die  
61 Wohnungsbaugesellschaft GBG umgesetzt. Wir GRÜNE wollen diese dauerhaft  
62 absichern und werden uns konsequent gegen Verkauf und Privatisierung dieser  
63 wichtigen städtischen Tochtergesellschaften stellen